



NIEDERSCHRIFT
(öffentlicher Teil)
16. Sitzung des Ausschusses für Soziales

Sitzungstermin:	Dienstag, 02.06.2020	
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr	
Sitzungsende:	18:27 Uhr	
Sitzungsort:	Große Börse, Rathaus, 23539 Lübeck	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Peter Petereit - SPD		
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Aydin Candan - SPD		
Michelle Akyurt - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Dr. Carsten Grohmann - CDU		
Bruno Hönel - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Dr. Werner Vieler - AfD		
Jörg Haltermann - SPD		
Dr. Marek Lengen - SPD		Befangen bei TOP 5.2
Thomas Rathcke - FDP		
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.		
Volker Nehrhoff - CDU		Vertretung für: Frau Aneta Wolter
Nil Gersdorf - CDU		
Lea Kaup - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		Vertretung für Frau Angelika Büche
Andreas Müller - DIE LINKE		
Gabriele Ulrich - SPD		
Gregor Voht - FREIE WÄHLER & GAL		
Dr. Axel Walther - FDP		
Beiratsmitglieder		
Wolfgang Domeyer - Seniorenbeirat		nur Öffentlicher Teil
Gerhard Tartemann - Seniorenbeirat		nur Öffentlicher Teil
Verwaltung		
Dr. Gerhard Bender - 2.530 Gesundheitsamt		
Alexander Matzka - Stadtplanung		
Senator Sven Schindler - FB 2 - Wirtschaft und Soziales		
Ulrike Tietz - 2.530 - Gesundheitsamt		

Manuel Hertz - FBC FB 2	
Dirk Schmüser - FB 2.500	
Claudia Schwartz - Soziale Sicherung	
Gert Wadehn - Senioreneinrichtungen	
Matthias Wulf - Soziale Sicherung	
Dr. Alexander Mischnik - Gesundheitsamt	
Protokollführung	
Gitte Timmermann - Soziale Sicherung	
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Gabriele Friemer - Die Unabhängigen	entschuldigt
Aneta Wolter - CDU	entschuldigt
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Angelika Büche - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 03.03.2020	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
3.1	Anfrage der Ausschussmitglieder Bruno Hönel, Michelle Akyurt, Angelika Büche (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN) - Wohnraum für Menschen mit Behinderung	VO/2020/08696
3.2	Antwort auf die Anfrage von AM Andreas Müller (DIE LINKE): Zu Gesundheit, Hygiene und Verbraucherschutz	VO/2020/08692-01
3.3	NEU: Sachstand Gutachter SIE	
3.4	NEU: Antwort zur Anfrage von AM Müller: Hygieneanordnungen für die Lübecker Tafel e.V.	
3.5	NEU: Sachstand Wahl Behindertenbeirat	
3.6	NEU: Beantwortung der Fragen zum Projekt Großeltern im Quartier vom 18.05.2020	
4	Berichte	
4.1	Pflegebedarfsplanung 2017 - 2030	VO/2020/08859
4.2	Zeitschiene für Maßnahmen und deren Umsetzung im Rahmen SiPa-Soziales	VO/2020/08845
4.3	Sachstandsbericht "Corona-Pandemie"	
5	Beschlussvorlagen	
5.1	Soziale Stadt Moising - Ausschreibung des Quartiersmanagements	VO/2020/08853
5.2	Verlängerung der Budgetverträge um ein Jahr und pauschale Erhöhung der Budgetsummen um jeweils 1 v. H.	VO/2020/08902
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
6.1	DIE LINKE : Validierung der Corona-Daten	
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
7.1	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Moratorium bei Hartz-IV-	VO/2019/08358

	Sanktionen	
7.2	Die Unabhängigen: Einrichtung einer umweltmedizinischen Beratungsstelle	VO/2020/08676
8	Verschiedenes	
9	Ende des öffentlichen Teils	
15	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Ferner macht der Vorsitzende darauf aufmerksam, dass Personen, die möglicherweise befangen sein könnten, verpflichtet sind, dieses mitzuteilen. Ob jemand befangen sein könnte, entscheidet im Zweifel der Ausschuss.

Herr Dr. Lengen erklärt sich für TOP 5.2 für befangen.

Herr Senator Schindler erläutert Gründe, den zu TOP 7.2 zu vertagen.

Der Ausschuss stimmt einstimmig der Vertagung zu.

Herr Petereit verweist auf den TOP 3.2, der über die NachtragsTO noch hinzugekommen ist.

Der Ausschuss stimmt einstimmig der geänderten Tagesordnung zu.

Der Vorsitzende lässt über die Zuordnung der für den nichtöffentlichen Teil angemeldeten TOP 10 bis TOP 14 abstimmen:

Der Ausschuss stimmt einstimmig der Zuordnung zum nichtöffentlichen Teil zu.

Damit ist die Tagesordnung in der geänderten Fassung festgestellt.

Der Vorsitzende verpflichtet das stellvertretende bürgerliche Ausschussmitglied Frau Lea Kaup per Handschlag mit den Worten: „Ich verpflichte Sie auf die gewissenhafte Erfüllung Ihrer Obliegenheiten, weise Sie auf die Rechte und Pflichten nach der Gemeindeordnung hin und führe Sie hiermit in Ihr Amt ein.“

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 03.03.2020

Herr Müller merkt zur Niederschrift an, dass es bei TOP 6.1 ein Tippfehler gibt („Frau Bachmann schläft vor,...“). Die Änderung wird vorgenommen.

Die Niederschrift ist damit in der geänderten Fassung festgestellt.

zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

zu 3.1 Anfrage der Ausschussmitglieder Bruno Hönel, Michelle Akyurt, Angelika Büche (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN) - Wohnraum für Menschen mit Behinderung

Herr Schmüser berichtet zur Anfrage über den IST-Zustand. Er stellt auch in Aussicht, dass sich die „Landschaft“ aufgrund des Bundesteilhabegesetzes noch komplett verändern wird.

Beschluss:

1) Welche Wohnformen für Menschen mit geistiger und/ oder körperlicher Behinderung werden in Lübeck angeboten (Einzelwohnung mit Betreuung-BEW, Wohngruppen, Wohnheime usw.)?

2) Wie stellt sich das Angebot und die Auslastung entsprechender Wohnformen im gesamten Stadtgebiet dar?

--> Bitte aufgeschlüsselt für die einzelnen Wohnformen angeben.

3) Gibt es eine Bedarfsermittlung für die einzelnen Wohnformen?

3a) Wenn ja: Wie stellt sich der Bedarf hinsichtlich der entsprechenden Wohnformen in Lübeck dar?

--> Bitte aufgeschlüsselt für die einzelnen Wohnformen angeben.

4) Wie werden sich die Bedarfe für die einzelnen Wohnformen in den nächsten Jahren und unter Einbeziehung demographischer Trends in Lübeck voraussichtlich entwickeln?

5) Wie kann darauf hingewirkt werden, dass für Menschen mit geistiger und/ oder körperlicher Behinderung ausreichend geeigneter Wohnraum in Lübeck zur Verfügung steht?

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kennntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 3.2 Antwort auf die Anfrage von AM Andreas Müller (DIE LINKE): Zu Gesundheit, Hygiene und Verbraucherschutz
Vorlage: VO/2020/08692-01**

Hierzu spricht Herr Müller.

Herr Dr. Mischnik erläutert auf Anfrage, dass es keine routinemäßigen Schiffsbegehungen in Lübeck gibt und das es stichprobenartigen Kontrollen gem. der Kann-Vorschrift z.B. bei Heilpraktikern udgl. gibt.

Anfrage von AM Andreas Müller (DIE LINKE): Zu Gesundheit, Hygiene und Verbraucherschutz im Ausschuss für Soziales am 03.03.2020

	einstimmige Annahme	
--	---------------------	--

Abstimmungsergebnis	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.3 NEU: Sachstand Gutachter SIE

Herr Senator Schindler berichtet über den aktuellen Stand.

Hierzu sprechen Herr Müller und Frau Akyurt. Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.4 NEU: Antwort zur Anfrage von AM Müller: Hygieneanordnungen für die Lübecker Tafel e.V.

Herr Dr. Mischnik beantwortet die Anfrage aus der Sitzung vom 03.03.2020 zu den „Hygieneanordnungen für die Lübecker Tafel e.V.“ insofern, dass es seitens des Lübecker Gesundheitsamtes keine Anordnungen gegeben hat. Seitens der Lebensmittelaufsicht werden aber Kontrollen durchgeführt und daher könnte die Anfrage noch einmal im Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung gestellt werden. Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.5 NEU: Sachstand Wahl Behindertenbeirat

Herr Senator Schindler berichtet, dass heute ebenfalls die konstituierende Sitzung des Behindertenbeirates stattfindet und der Beirat inzwischen eine Geschäftsführung hat. Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.6 NEU: Beantwortung der Fragen zum Projekt Großeltern im Quartier vom 18.05.2020

Zur Anfrage aus der Sitzung vom 18.05.2020 berichtet Herr Wulf vom Gespräch mit Frau Reichel (Bereichsleitung Jugendarbeit) und Frau Eitel (Gemeindediakonie).

Frau Reichel hat bestätigt, dass alle offenen Angebote des Projekts *Großeltern im Stadtteil* vom Nachbarschaftsbüro St.Lorenz-Süd übernommen werden. Auch die im Rahmen des Projektes entstandenen eigenständigen Gruppen können die Räumlichkeiten im Stadtteilhaus weiter nutzen. Bei etwaigen Beratungsbedarf der älteren TeilnehmerInnen stehen das Nachbarschaftsbüro oder der Bereich Soziale Sicherung zur Verfügung.

Frau Eitel berichtete, dass ein Abschlussbericht des Projektes an den Mittelgeber (Deutsches Hilfswerk) gegeben wird. Es ist sichergestellt, dass die Ergebnisse in den Bericht Prävention im Alter (im Rahmen von *Leben und Wohnen im Alter*) einfließen werden.

Hierzu sprechen Herr Hönel und Frau Akyurt und Herr Wulf ergänzt auf Anfrage nochmals, dass die Angebote vollumfänglich von den Nachbarschaftsbüros wahrgenommen werden. Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 4 **Berichte**

zu 4.1 **Pflegebedarfsplanung 2017 - 2030** **Vorlage: VO/2020/08859**

Frau Schwartz erläutert, dass mit Hilfe von Dr. Bender, dem sie für die Arbeit dankt, ein umfangreiches Zahlenwerk gelungen ist. Sie stellt anhand einer Präsentation die Eckpunkte dar. Die Präsentation ist dieser Niederschrift beigelegt.

Herr Wulf erläutert die Handlungsfelder und -empfehlungen, die auf Grundlage der statistischen Daten in einem Workshop mit der Fachöffentlichkeit und Politik und abschließend durch die Fachkräfte des Bereiches erarbeitet wurden. Er betont zudem, dass es sich bei der zahlenmäßigen Prognose der stationär und ambulant Pflegebedürftigen um Hochrechnungen handelt und noch viele andere Gegebenheiten einzubeziehen sein werden (z.B. gesetzliche Vorgabe „ambulant vor stationär“).

Herr Wulf trägt ebenfalls vor und betont zudem, dass es sich hierbei um pure Hochrechnungen handelt und noch viele andere Gegebenheiten einzubeziehen sein werden.

Hierzu spricht Herr Hönel und stellt folgenden Antrag:

„Die Verwaltung wird aufgefordert auf der Basis des Pflegebedarfsplanes und den entsprechenden Handlungsfeldern, konkrete Maßnahmen zu entwickeln, diese zu präsentieren und ein entsprechendes Umsetzungskonzept mit Zeitplan und Meilensteinen der Bürgerschaft zur Beschlussfassung im Laufe des 3. Quartals 2021 vorzulegen.“

Frau Akyurt bittet um eine Liste der Verwaltung, was seitens der Kommunen überhaupt bewegt werden kann, da es bundesgesetzliche Regelungen betrifft.

Herr Dr. Grohmann betont noch einmal die große Herausforderung, die in der Pflege auf die Kommunen zukommt. Er stellt zudem die gendergerechte Pflege in den Focus und verweist zum Antrag von Herrn Hönel auf das Projekt „Leben und Wohnen im Alter“.

Herr Dr. Grohmann stellt folgenden Antrag:

„Der Pflegebedarfsplan wird in der Steuerungsgruppe „Leben und Wohnen im Alter“ sowie der Pflegekonferenz (federführend) mit politischer Begleitung interfraktionell weiterentwickelt und Maßnahmen abgeleitet, die dem Sozialausschuss zu Beschlussfassung vorgelegt werden.“

Frau Schmittner stellt noch einmal deutlich dar, dass die Pflege besonders die Frauen betrifft. Der Frauenanteil bei den Pflegebedürftigen und Pflegenden ist deutlich höher als bei den Männern.

Im Weiteren sprechen Herr Voht, Herr Dr. Walther, Herr Müller, Herr Petereit, Herr Candan und Herr Hönel.

Herr Wulf bedauert, dass es leider keine Interessenvertretung der pflegenden Angehörigen gibt, die auch stark betroffen sind.

Frau Schwartz warnt abschließend vor einer zu engen Verzahnung zwischen der Pflegebedarfsplanung und dem Konzept der Vision 2030 der SIE. Es wird auch nicht so sehr die Anlehnung an das Projekt „Leben und Wohnen im Alter“ gesehen, sondern vielmehr in der Pflegekonferenz. Die Kickoff-Veranstaltung für die weitere Bearbeitung ist für Herbst 2020

geplant und wird von der Steuerungsrunde Leben und Wohnen im Alter und der Pflegekonferenz initiiert (Federführung für beide: Soziale Sicherung).

Die zuvor formulierten Anträge von Herrn Hönel und Herrn Dr. Grohmann werden zurückgezogen.

Beschluss:

Bürgerschaftsauftrag vom 29.11.2018

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 4.2 Zeitschiene für Maßnahmen und deren Umsetzung im Rahmen SiPa-Soziales
Vorlage: VO/2020/08845**

Herr Senator Schindler führt in das Thema ein und berichtet davon, dass die AWO keinen neuen wirklichen Hotspot feststellen kann. Dieses wird von Frau Tietz bestätigt, die zudem ausführt, dass man bemüht ist, eine Begegnungsstätte für diesen Personenkreis zu finden.

Hierzu sprechen Herr Voht, Frau Akyurt, Herr Hönel, Herr Candan und Herr Dr. Grohmann, der auch um Informationen zwischen den Ausschusssitzungen bittet, in Bezug auf die Verlagerung von Hotspots und die Gefährdungslagen.

Beschluss:

**Antrag des Ausschusses für Soziales vom 03.03.2020, TOP 3.4:
Zeitschiene für Maßnahmen und deren Umsetzung im Rahmen SiPa-Soziales**

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 4.3 Sachstandsbericht "Corona-Pandemie"

Herr Hönel verlässt den Sitzungssaal (17:35 Uhr).

Hierzu berichtet Herr Dr. Mischnik von der aktuellen Situation in Lübeck.

Herr Dr. Lengen erfragt, ob die Vorfälle von Göttingen sich in Lübeck auch ereignen könnten und inwieweit hier Shisha-Bars betrieben werden dürfen, wie und ob diese kontrolliert werden und wie die Zusammenarbeit mit den Ordnungsbehörden ist.

Herr Dr. Mischnik erklärt, dass der Betrieb der Shisha-Bars untersagt ist und die Zusammenarbeit mit den Ordnungsbehörden gut läuft. Der Ausschuss nimmt Kenntnis..

zu 5	Beschlussvorlagen
-------------	--------------------------

zu 5.1	Soziale Stadt Moisling - Ausschreibung des Quartiersmanagements Vorlage: VO/2020/08853
---------------	---

Herr Dr. Lengen verlässt aufgrund seiner Befangenheitserklärung zu TOP 5.2 den Sitzungssaal (17:40 Uhr).

Herr Petereit erläutert, dass der Hauptausschuss zur dieser Vorlage inzwischen schon einen Beschluss gefasst hat.

Herr Hönel kehrt in den Sitzungssaal (17:42 Uhr) zurück.

Beschluss:

Die Hansestadt Lübeck schreibt die Durchführung des Quartiersmanagements im Rahmen der städtebaulichen Gesamtmaßnahme Moisling öffentlich aus.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5.2	Verlängerung der Budgetverträge um ein Jahr und pauschale Erhöhung der Budgetsummen um jeweils 1 v. H. Vorlage: VO/2020/08902
---------------	--

Frau Akyurt fragt nach, wie aufgrund dieser Regelung die Auswirkungen für den Epunkt sein werden.

Hierzu sprechen im Weiteren Herr Voht, Herr Müller, Herr Dr. Grohmann, Frau Schwartz, Herr Hönel und Frau Akyurt.

Herr Senator Schindler erläutert, dass es z.B. für den Epunkt und die Stadtmütter Sonderregelungen geben wird.

Auf die Frage nach Rechenschaftsberichten teilt Frau Schwartz mit, dass es Zielvereinbarungen gibt, die einsehbar sind. Herr Senator Schindler ergänzt, dass die Zielvereinbarungen und der Zielerreichungsgrad umfänglich geprüft werden.

Herr Dr. Grohmann bittet um ein Monitoring zur Zielerreichung. Es besteht auch Interesse daran, wer die Rechenschaftsberichte rechtzeitig vorlegt.

Herr Lengen kommt nach der Beschlussfassung in den Sitzungssaal (18:00 Uhr) zurück.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird beauftragt:

1. Die bestehenden Budgetverträge mit freien Trägern und Wohlfahrtsverbänden mit Laufzeitende am 31.12.2020 werden um ein weiteres Jahr, d. h. bis zum 31.12.2021 verlängert. Den Trägern wird eine entsprechende Änderungsvereinbarung übermittelt.
2. Zum Ausgleich der allgemeinen Kostensteigerung werden die bestehenden Budgethöhen pauschal um 1 v. H. erhöht.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

zu 6.1 DIE LINKE : Validierung der Corona-Daten

Herr Senator Schindler führt in das Thema ein.

Herr Petereit erklärt, dass dieser TOP erst in der letzten Sitzung der Bürgerschaft am 28.05.20 beraten und in den Ausschuss verwiesen wurde.

Herr Dr. Mischnik erklärt, dass Nasen- und Rachenabstriche seit der 11. Kalenderwoche (KW) deutschlandweit erfasst werden. Ferner weist er daraufhin, dass das RKI (Robert-Koch-Institut) trotz der kontrovers diskutierten Frage, ob Verstorbene auf Corona getestet werden sollten, dieses nicht empfiehlt.

Für Herrn Müller ist damit die Beantwortung der Anfrage erledigt.

Herr Dr. Vieler fragt hierzu nach, ob jeder getestet werden kann. Herr Dr. Mischnik führt aus, dass zu Beginn der Pandemie auch die Grippe sehr stark aufgetreten ist und man daher zum Teil erst später Tests durchgeführt hat, um die Testkapazitäten zu erhalten. Inzwischen kann aber jeder mit Symptomen getestet werden.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

zu 7.1 BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Moratorium bei Hartz-IV-Sanktionen
Vorlage: VO/2019/08358

Frau Akyurt trägt noch einmal den Antrag vor. Insbesondere die Fragen:

- Hat das Jobcenter bei der Umsetzung der Richtlinie einen Spielraum?
und
- Ist das Jobcenter vor Erlass der Richtlinie der Bundesagentur für Arbeit als Anwen-
derbehörde gehört worden?

Herr Senator Schindler entschuldigt das Fehlen der Vertreter des Jobcenters und verweist darauf, dass die Sanktionen in die Mittel des Bundes erfolgen und sich diese Maßnahmen am geltenden Recht orientieren.

Herr Müller stellt dar, dass dieser Tagesordnungspunkt falsch zugeordnet wurde, da es hier um einen Antrag der Fraktion handelt, der von der Bürgerschaft in die Fachausschuss überwiesen wurde.

Inhaltlich sprechen dazu Herr Voht und Herr Petereit.

Herr Dr. Vieler bittet um Vertagung bis seitens des Jobcenters die Fragen beantwortet werden können

Der Vertagungsantrag wird mit 4 Ja-Stimmen und 10 Nein-Stimmen abgelehnt.

Frau Akyurt bittet die Fragen an Herrn Tag weiterzuleiten, damit diese in der kommenden Sitzung beantwortet werden können.

Beschluss:

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Bürgermeister wird aufgefordert, sich im Jobcenter-Beirat dafür einzusetzen, dass nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur teilweisen Verfassungswidrigkeit von Hartz-IV-Sanktionen in Lübeck vorerst keine weiteren Sanktionen verhängt werden (Moratorium). Dies soll gelten, bis eine gesetzliche Neuregelung erfolgt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	4
	Nein-Stimmen	10
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 7.2 Die Unabhängigen: Einrichtung einer umweltmedizinischen Beratungsstelle
Vorlage: VO/2020/08676

vertagt

Beschluss:

Der Bürgermeister wird gebeten, in der Mai-Sitzung der Bürgerschaft ein Konzept zur Einrichtung einer umweltmedizinischen Beratungsstelle, angesiedelt beim Gesundheitsamt, vorzulegen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 8 Verschiedenes

Herr Müller erfragt, wann das Treffen mit dem AK Soziales zum Thema „Wohnen“ stattfindet, welches nach der Sitzung am 03.03.2020 besprochen wurde.

Hierzu spricht Herr Candan.

Herr Petereit wird dieses prüfen/besprechen.

Frau Akyurt weist darauf hin, dass die Bürgerschaft den aktuellen Wohnungsmarktbericht nur als Zwischenbericht zur Kenntnis genommen hat.

zu 9 Ende des öffentlichen Teils
--

Der Vorsitzende schließt um 18:27 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum. Die Sitzung wird um 18.28 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

zu 15 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Lübeck, den 25. März 2021

Peter Petereit
Vorsitzende/r

Gitte Timmermann
Protokollführung